

Krakauer Zeitung.

Nr. 32. Samstag, den 8. Februar

1862.

Vie „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementsspreis: für Krakau 4 fl. 20 Kr., mit Verlängerung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 9 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 30. Jänner d. J. dem Bürgermeister zu Wöhren in Wöhren Anton Morell in Anerkennung seines vielseitigen gemeinnützigen und humanitären Werks das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergräßt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 1. Februar d. J. die bei der Obersten Rechnungs-Controlo-Behörde eledigte Hofratsherrin dem disponiblen Hoftheate Theodor Weiß Edlen von Starckenfels allergräßt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 1. Februar d. J. die bei der Obersten Rechnungs-Controlo-Behörde eledigte Hofratsherrin dem disponiblen Hoftheate Theodor Weiß Edlen von Starckenfels allergräßt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 2. Februar d. J. die durch den Präsidenten des f. siebenbürgischen Landes-Gouvernements angeordnete Dienstes-enthebung des mit Allerhöchster Entschließung vom 24. März 1861 zum Obergespan des Dobrofaer Komitates Allerhöchst errannnten Freiherrn Daniel v. Banffy zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 2. Februar d. J. allergräßt zu befahlen geruht, daß der Rath des f. siebenbürgischen Gouvernements Gabriel Bethlen senior seines Dienstes enthoben werde.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wahl des Angelo Cavallaro zum Präsidenten und des Joachim Sgarzi zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbe-Kammer in Novigo bestätigt.

Der königl. ungarische Hofkanzler hat den steiermärkischen f. Statthalterei-Concipitzen Eduard Grafen Pálffy zum wirklichen Sekretär der fgl. ungarischen Statthalterei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 8. Februar.

Die gestern erwähnte Erklärung der Donau-Stg. über die venetianisch-mexicanische Frage lautet: „Nachdem bereits aus einem anderen Anlaß die „Wiener Zeitung“ in ihrem Abendblatte vom 3. d. M. bemerkbar gemacht hat, daß die Kaiserliche Regierung unter keinem Vorwande das Aufstellen einer „venetianischen Frage“ für zulässig halten könnte, sind wir heute in der Lage, eine noch bestimmtere Verwahrung namentlich gegen diejenige Beziehung auszusprechen, in welche mehrheitig durch auswärtige sowohl als österreichische Blätter jene Frage zu der gegenwärtig in Mexico stattfindenden Intervention der drei Seemächte England, Frankreich und Spanien gesezt worden ist.“

Wenn nämlich mit den über letzteren Punkt gepflogenen vertraulichen Verabredungen der drei Mächte auch der Name Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Maximilian in Verbindung hat gebracht werden können, so steht es doch fest, daß alle Ausführungen, welche über eine Wechselbeziehung zwischen der mexikanischen Frage und dem österreichischen Territorialbesitz in Italien in Umlauf gesetzt worden sind, dem Bereich der Erfindungen angehören.“

Nach der „Times“ enthält die Thronrede, mit welcher das Parlament am 6. d. eröffnet wird, keine hervorstechende Mitteilung. Die Adresse wird ohne wichtige Discussion votirt werden. Die Königin wird von dem unerschöpflichen Verluste sprechen, den sie erleidet, beide Häuser werden versichern, daß sie an ihrem Sommer Theil nehmen. Die Königin wird der bestehenden guten Beziehungen mit allen europäischen Mächten gedenken. Das Hauptinteresse wird sich auf den Theil der Thronrede über die Beziehungen zu den Kriegsführenden Theilen in Nordamerika richten, die die Wagnahme der Passagiere des „Trent“ betreffenden Vorgänge werden kurz erwähnt und die befriedigende Lösung verkündet werden. In Mexico wird England, ohne sich einem definitiven politischen Project anzuschließen, dahin minwirken, die Ordnung wieder herzustellen und Leben und Eigenthum der dort wohnenden Fremden zu sichern. Auch die Beziehungen Englands zu China werden einen Abschnitt der Thronrede ausmachen. Neutralität sei das politische Prinzip, welches die Regierung erwählt habe. Die Regierung wird dem Parlament versichern, daß sie dasselbe werde aufrecht erhalten.

Die französische Antwort auf die preußischen Ge- geworschläge wegen des Handelsvertrages beanstandet, wie vorhergesessen war, eine größere Zahl der preußischen Propositionen. Nach der „N. P. Z.“ hat Frankreich den Termin der Übergangsperiode auf Preußens Vorschlag schon weiter auszubreiten eingewilligt. Unter den letzten Gegenpropositionen Preußens soll sich aber auch die befinden, daß der Übergangstermin bis zum 1. Januar 1866, also bis zum Ende der Polvereinsverträge, ausgedehnt werden sollte.

Die in Hamburg versammelte fünfte Elbschiffsschiffs-Revisions-Commission hat sich in diesen Tagen bis Ende März vertagt, indem die Regierungen von Hannover und Mecklenburg, wenn man ihnen diesen Termin bewillige, sich bereit erklären sollen, alsdann neue Vorschläge zu einer beschiedigen Reform des Elbzollwesens vorlegen zu wollen. Welcher Art diese Vorschläge sein werden, darüber ist indes, wie man vernimmt, bisher noch keine Andeutung gegeben worden.

Aus Kassel schreibt man der „Stg. für Nord.“ Es verlautet hier in gut unterrichteten Kreisen, daß schon seit einiger Zeit Kurhessen Schritte gethan habe, mit Preußens-Militär-Convention abzuschließen, und es wird hiermit das projizierte Bierkönigsbündnis und der Plan, auch die beiden Hessen und Nassau für dasselbe zu gewinnen, in Verbindung gebracht. Wirtheilen diese Nachricht vorläufig nur als Gerücht mit.

Die „Kasseler Zeitung“ demonstriert ferner die Erklärung Preußens, daß dieses die Regierung bei Unruhen nicht unterstützen werde, dahin, daß die kurhessische Regierung sich nicht unterstützen lassen wolle.

Die „Opinione“ erklärt die Gerüchte von beabsichtigten Freihärlar-Expeditionen nach Albanien für Phantasierebilde. Es ist dies ganz dasselbe Wort, mit dem sie einst die Expedition gegen Neapel feierlich in Aussicht stellte.

Nachrichten aus London zufolge hat sich der Gesundheitszustand Magazzini's sehr verschlimmert. Die Uerze glauben, es sei eine Genesung kaum mehr zu hoffen.

Der Ministerpräsident Baron Bettino Ricossoli, schreibt man der „N.P.Z.“ aus Turin, geht auf Freiersfüßen und würde somit in diesem Punkte dem Beispiel des großen Cavour untreu werden. Stand und Namen der Glücklichen werden nicht angegeben.

Die polnische Kriegsschule in Genua hat sich, wie dem „Dziennik Polski“ gemeldet wird, in Folge eines Conflictes zwischen den Eleven und General Mieroslawski aufgelöst. Ein Theil der ersten begibt sich nach Constantinopel, wo eine ähnliche Schule unter Direction des General Wysocki gegründet werden soll.

Die türkische Flotte ist am 2. d. nach dem adriatischen Meere abgesegelt.

Verhandlungen des Reichstheates.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 5. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift Se. Excellenz der Hr. Finanzminister das Wort zu der nachstehenden (int. Kürze bereits mitgetheilten) Erklärung:

Ich habe in dem am 17. Dec. in diesem h. Hause gehaltenen Vortrage das Verhältniß der für das laufende Verwaltungsjahr räumlichen Staatseinnahmen

und Ausgaben dargestellt und den hieraus sich ergebenden Abgang in rundem Betrage von 110 Mill.

nachgewiesen. Ich habe ferner angeführt, daß dieser Abgang aus der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Staatseinnahmen zur Deckung der laufenden

öffentlichen Auslagen, theils aber auch aus der Notwendigkeit eines außerordentlichen, durch die politische

Lage der Gegenwart gebotenen höheren Armees- und

Marineaufwandes herrührt; — ich habe weiters die

Ansicht der Regierung erklärt, daß zur Deckung des

durch die laufenden Auslagen begründeten Deficitbetrages so weit als thunlich eine erhöhte Ansforderung

an die Steuerleistung, — für den übrigen Theil

des Deficits aber die Anspruchnahme des Credits bezichtigt werden.

Bei der Anspruchnahme des Credits habe ich die tatsächlichen Verhältnisse dargelegt, daß noch in bedeutender Anzahl unbegogene Titel von früheren Anhängen bestehen, und daß es sich auf zweckmäßiger Darstelle, die entsprechende Begebung und Verwendung derselben einzuleiten, als zur Auflage eines neuen Lehens zu schreiten, eine Ansicht, welche durch die seither genommene Beliebigkeit und Gutslegerung dieser Effecten an Richtigkeit gewonnen hat.

Ich habe ferner diesem Theile meines Vortrages vom 17. Dec. die Regelung des Schuldenverhältnisses mit der Nationalbank berührt und die Combination der Deckung eines Theiles des Deficits im Jahr 1862 mit der Bankangelegenheit aus Gründen der Zweckmäßigkeit, — aus Rücksichten für die thunliche gleichmäßige Förderung gemeinschaftlicher Interessen gewählt.

Das Staatsdeficit des 1. J. muß gedeckt werden, es drängen aber auch die wichtigsten öffentlichen Interessen dazu, daß ohne längeren Aufschub wir uns befinden und in welcher das Budget fast mit-

Schritten in der Bank- und Valutaangelegenheit geschehen.

Es entgeht mir hiebei keineswegs, daß unter andern, als den gegebenen Verhältnissen die Bremung der Deficits von der Bankfrage vorzuziehen gewesen wäre, und daß die rasche und vollständige Realisierung der zur Deckung der Bank dienenden Staatseffekte am schnellsten zu deren Rehabilitation führen würde — ich muß aber vor Allem die concreten gegebenen Verhältnisse gegenwärtig halten, in welchen wir uns befinden; — da stellt sich nun heraus, daß die Verwertung von zusammen mehr als 150 Mill. Staatseffekten aus den Anlehen der Jahre 1859 und 1860 (für die Bank) und die gleichzeitige Realisierung eines neuen Anlehens (zur Deckung des Staatsdeficits) von vornherein an der offensuren Unaufführbarkeit scheitern müsste.

Damit aber neben dem Staatsgebote der Deckung des Deficits das unter den gegebenen Verhältnissen gleichzeitig Mögliche zur Regelung der Bankstabilität und Verbesserung der Valuta geschehe und damit die Schritte in letzterer Beziehung nicht erst auf einen späteren Zeitpunkt nach vorausgegangener erfolgter Deficitbedeckung binausgedehnt werden dürfen, — so habe ich die erwähnte Combinatio in Betracht gezogen und die gleichzeitige Verwertung der 1860er Staatslosse in einem entsprechenden Verhältnisse für Staats- und Bankzwecke unter die Bestimmungen eines mit der Bank zu schließenden Uebereinkommens aufgenommen.

Die diesfälligen Verhandlungen konnten erst nach Beendigung der Sitzungen der Jahresversammlung des Bankausschusses beginnen und bei dem Umstande, als das Uebereinkommen noch andere wichtige Gegenstände enthält, und als gleichzeitig die Frage der Privilegiumserneuerung auf Grundlage neuer Statuten nebst Reglement in Erörterung gezogen wird, — bisher noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Ich hoffe, daß ein Uebereinkommen auf den von mir dem hohen Hause am 17. December bekannt gegebenen Grundlagen zu Stande kommen, und daß ich schon in einigen Tagen in der Lage sein werde, das Ergebnis der Verhandlungen vorlegen zu können. Ich erkläre aber hiermit ausdrücklich, daß die Absichten und Mittel zur Deckung des betreffenden Theiles des Deficits keineswegs bloß auf das Gelände des Uebereinkommens mit der Nationalbank gestellt und beschränkt sind, — sondern daß die Regierung für den Fall, als kein Uebereinkommen erzielt wird, die entsprechenden Entschließungen bereits gefaßt hat; — daher ich nach Beendigung der Verhandlungen mit der Bank in der Lage sei, — sofort dem hohen Reichsrath entweder das getroffene Uebereinkommen, oder einen Gesetzentwurf über diejenige Maßregel vorzulegen, welche in Betriff des mittels des Credites zu deckenden Theiles des Deficits im Wege der Gesetzgebung anzureichen ist.

Dieser Zeitpunkt würde sodann in Uebereinstimmung mit meinen am 17. December gegebenen Erklärungen zugleich auch derjenige sein, in welchem ich dem hohen Hause meine Anträge für die theilweise Bedeckung des Deficits mittelst Erhöhung der Steuerleistung vorzulegen hätte.

Ich fühle mich aber dem hohen Hause gegenüber und zur Beruhigung der öffentlichen Meinung verpflichtet, schon im gegenwärtigen Momente die Gewissheit zu geben, daß die Regierung, weit entfernt von Schwankung oder Unsicherheit, — über die Wahl der Credite der Gesetzgebung bedürftigen Steuerträger und zwar insbesondere die Rücksicht auf zu lässige Ausgleichungen unverhältnismäßiger Belastungen im Auge behalten. Die aus der Erhöhung der directen Steuern erwachsende Vermehrung der Staatseinkünfte wurde mit 16 Mill. veranschlagt.

Hierach würde die aus den vorstehenden Steuer- und Abgabenerhöhungen resultirende jährliche Mehreinnahme die Summe von 32 Mill. erreichen. Es muß jedoch hiebei bemerkt werden, daß für das laufende Verwaltungsjahr die erwähnten Erhöhungen bei den Salzpreisen und bei dem Stempel der Wirksamkeit der diesfälligen Gesetze, bei der Verbrauchsabgabe bei der Rübenzuckererzeugung aber im Sinne der a. h. Entscheidung vom 22. Febr. 1860 (R. G. B. Nr. 50) erst mit der in den letzten Monaten des Verwaltungsjahres beginnenden nächsten Campagne — mithin nur mit den entsprechenden Tugenten der hier angesetzten Jahreserträgnisse in Anwendung treten können.

Wir befinden uns gegenwärtig bereits ziemlich vorgerückt und werden zur Zeit der Erledigung des Bud-

gets noch weiter vorgerückt sein im Laufe desjenigen Finanzjahrs, dessen Deficit wir theilweise durch Erhöhung der Einnahmen decken sollen. Soll nun diese

Erhöhung noch dem laufenden Jahre wirklich zu Gute

kommen, so muß die erhöhte Einnahme in kürzester

Zeit siedend und den Staatskassen zukommend ge-

macht werden.

Eine jede neue Steuer bedarf aber vorerst der Schaffung der Steuergrundlagen, welche in irgend einer Art, sei es durch Bekanntnisse, Einschätzungen, Beschreibungen &c., jedenfalls aber durch die zur Voranlassung nothwendigen, seit erforderlichen Arbeiten bedingt ist. Es hat sich demnach für das laufende Jahr die Einführung neuer Steuern als unpraktisch herausgestellt, indem mit den unerlässlichen Vorarbeiten der ganze oder doch der größte Theil des noch nicht abgelaufenen Verwaltungsjahrs verloren gehen und noch keine Einzahlung an denselben bei den Staatscasas erfolgt sein würde. Die besondere Lage, in welcher

wir uns im Budgetjahr selbst erst zur Beratung und Feststellung gelangt, macht die sonst bei normalen Zuständen für ein noch bevorstehendes Steuerjahr angezeigte Beratung neuer Steuerprojekte im gegenwärtigen Moment nicht möglich. Die Regierung hat demnach prinzipiell beschlossen, für die Bedeckung des laufenden Jahres - Deficits keine Anträge auf Einführung neuer Steuergattungen zu bringen. Es bleibt daher nur die andere Alternative übrig, daß für das laufende Jahr angemessene Erhöhungen bestehender Steuern und Abgaben beantragt werden. Bei der Wahl der diesfälligen Objekte wurde die Verzehrungssteuer wegen der durch den Preiskaufschlag der Erzeuger zu befogenden Steigerung der Lebensmittelpreise — zunächst aus Rücksichten für die ärmeren Volksklassen — von einer Erhöhung ausgeschlossen. Dagegen mußte ein Gegenstand des allgemeinen Bedürfnisses, nämlich das zum menschlichen Genüsse bestimmte Salz in den Kreis der Gebühren erhöhungen (Sodoch in einem den Consumenten möglichst schonenden Maße) einbezogen werden. Die Sicherheit, die Schnelligkeit und die Kostenlosigkeit der damit bewirkten Mehreinnahme des Staates müssen für die Wahl dieser Maßregel in bestimmender Weise den Ausschlag geben, wobei eine Verkürzung der davon unberührten bleibenden, in neuester Zeit so bedeutend herabgesetzten Preise für Industrial- und landwirtschaftliche Salzgattungen nicht stattfindet, und die nur mit 1 Gulden für den Centner oder 1 Neukreuzer für das Pfund beabsichtigte Erhöhung des Preises für Speisefatz, bei der Annahme einer jährlichen Verbrauchsmenge von 12 Pfund für den Kopf selbst bei zahlreichen Familien das unbedeutende Opfer von 12 Neukreuzern für die Person — umgelegt auf den langen Zeitraum eines Jahres — verursacht, dem Staatschafe aber eine Jahresertragsnahme von fünf Millionen verschafft.

Die Regierung hat ferner ihre Aufmerksamkeit auf den nach den Gesetzen vom 9. Febr. und 2. August 1850 eingeführten Stempel und Gebühren gerichtet und sich insbesondere in Betreff des Stempels zur Erhöhung mehrerer Tarifsätze und zur Einbeziehung mehrerer bisher nicht belegter Urkunden in die Abgabenpflicht entschlossen. Die Ausführung der diesfälligen Regierungsanträge, mit welchen in einigen Punkten eine nicht unerhebliche Vereinfachung der Tarifbestimmungen in Verbindung gebracht worden ist — würde eine auf Grund vorliegender Nachweisungen mit zehn Missionen berechnete Jahresertragsnahme der Finanzen sichern.

Von den Verbrauchsabgaben war es zwar jene von den Rübenzucker-Erzeugung, welche die Regierung zu einer Erhöhung beantragt, die, ohne den Aufschwung dieser kräftig aufblühenden Industrie zu beträchtigen, durch denselben vielmehr gerechtsam erscheint, und für den finanziellen Entgang an Zuckerzölle nun einen kleinen Ersatz liefern soll. Die beantragte Erhöhung würde eine jährliche Mehreinnahme von einer Million bewirken. Endlich müssten auch die directen Steuern zu der Erhöhung herbeigezogen werden, um den Finanzen ergiebige Zuflüsse zur Bedeckung eines angemessenen Theiles des Jahresdeficits zu verschaffen. Bei den diesfälligen Anträgen wurde die Lage der einer größeren Schonung bedürftigen Steuerträger und zwar insbesondere die Rücksicht auf zu lässige Ausgleichungen unverhältnismäßiger Belastungen im Auge behalten. Die aus der Erhöhung der Staatseinkünfte wurde mit 16 Mill. veranschlagt. Hierach würde die aus den vorstehenden Steuer- und Abgabenerhöhungen resultirende jährliche Mehreinnahme die Summe von 32 Mill. erreichen. Es muß jedoch hiebei bemerkt werden, daß für das laufende Verwaltungsjahr die erwähnten Erhöhungen bei den Salzpreisen und bei dem Stempel der Wirksamkeit der diesfälligen Gesetze, bei der Verbrauchsabgabe bei der Rübenzuckererzeugung aber im Sinne der a. h. Entscheidung vom 22. Febr. 1860 (R. G. B. Nr. 50) erst mit der in den letzten Monaten des Verwaltungsjahres beginnenden nächsten Campagne — mithin nur mit den entsprechenden Tugenten der hier angesetzten Jahreserträgnisse in Anwendung treten können. Für andere Zweige der Einnahmevermehrung, wie z. B. für den Antrag der aus den von der Regierung angebrachten Besteuerung des Lotteries-Promotionsgeschäfts bringe ich wegen der nicht beträchtlichen Höhe der Einnahme hier keine bestimmte Differenz in Anschlag. Die Erhöhung des Einnommens aus dem Staatsvermögen und namentlich aus der von mir bereits in Verhandlung gelegten Steigerung des Domänenvertrages mittels eines zweckmäßigen Verpachtungssystems — ziehe ich noch nicht in den Kreis der heutigen Erörterung und behalte deren Besprechung dem Zeitpunkte vor, in welchem vollkommen sichere Anhaltspunkte über das

Zustandekommen, die Ziffer und die Realisierung der Pforten, Stricke u. dgl. anwenden, erweisen sich sämtlich als unzureichend; das Holz wird stößweise weggetrieben und da die Strömung dasselbe gegen das Leopoldstädter Ufer zum sogenannten scharfen Eck führt, ist es dort gelungen, viele Klafter Holz aus den Fluten zu bringen. — Gestern Vormittags wurde aus den oberen Donaugegenden ein mit Holz beladenes großes Schiff, das sich wahrscheinlich irgendwo losgesessen hatte, herabgetrieben und ist in der Nähe der großen Donaubrücke geborsten. — Die Gastwirth im Prater haben sehr großen Schaden, indem nicht nur die Eisbäder zerstört, die Eisvorräthe vernichtet, viele Ringelspiele und andere Belustigungsorte verwüstet, sondern auch die Anlagen der Sommergärten überflutet sind. — Die große Donau führt heute verschiedene Haussägen, Hauseä., Wagen, Altegrätschen u. dgl. mit sich. — In der Brüggenau soll ein Schiff untergegangen und ein Mädchen ertrunken sein. — Im Prater wurden einige von den zahlreichen Hirschen und Rehen angeschwemmt, die in den Fluten ertrunken waren.

Auf die zu bedeckende Ziffer des heurigen Jahresdefizits zurückkommend, habe ich dem hohen Hause die Mitteilung zu machen, daß in der Finanzgebabung des abgelaufenen ersten Quartals des Verwaltungsjahrs 1862 die verhältnismäßige Quotie des in Aussicht genommenen Jahredefizits von 110 Millionen nicht erforderlich wurde, sondern daß an derselben eine Ersparung von 15 Millionen sich ergeben hat, welche selbst im ungünstigen Falle, als in den späteren Quartalen die vollen Quoten in Anspruch kämen, eine Verminderung des Jahredefizits von 110 auf 95 Mill. zur Folge hat, dessen Bedeutung theils durch die von mir erörterten Steuer- und Abgabenerhöhungen, theils durch die im ersten Theile meines gegenwärtigen Berichtes berührten Mittel des Credits zu bewirken sein wird.

Die Buschrift des Herrenhauses, die Abänderungen des Gemeindegesetzes betreffend, eröffnet der Präsident im Hinblick auf die Dringlichkeit des Gesetzes sofort die Debatte über dasselbe.

Reichbauer beantragt, daß die betreffenden Auschüsse beider Häuser sich sofort über die erwähnten Abänderungen ins Einvernehmen schen mögen. (Urgenommen.)

Eine Buschrift Sr. Excellenz des Herrn Ministers von Wasser, betreffend ein Einführungsgesetz zu den ersten vier Büchern des in Nürnberg vereinbarten deutschen Handelsgesetzbuches, wird verlesen. Der Präsident theilt mit, daß dieses Einführungsgesetz sich bereits im Druck befindet und demnächst zur Veröffentlichung gelangen wird. Die während der Vertragung vor gekommenen Einkäufe, unter denen sich eine sehr große Anzahl von Finanzprojekten befindet, werden namhaft gemacht.

Ein Dringlichkeitsantrag (Ezerner) auf Verstärkung des Finanzausschusses durch Abgeordnete aus Kärnten und Krain wird nicht unterstützt.

Ritter v. Wasser als Berichterstatter spricht über den Gesetzentwurf betreffend „einige Ergänzungen des allgemeinen und des Militärstrafgesetzes.“

In der Specialdebatte ergreift Sr. Exc. der Herr Staatsminister wiederholt das Wort, um die Divergenz der Regierungsvorlage von dem Ausschusserictheit zu beleuchten, die von der Regierung in ihrem Gesetzentwurf ausgesprochenen Ansichten zu rechtfertigen und die Correctheit der in demselben gebrauchten Ausdrücke darzuthun.

§. 1 der Regierungsvorlage wird angenommen.

v. Hopfen spricht gegen §. 2 des Ausschusserictheitwurfs, der Herr Staatsminister für Annahme des betreffenden Paragraphen der Regierungsvorlage: Hier bestätigt die vom Ausschuss vorgeschlagenen Abänderungen.

[Schluß folgt.]

Österreichische Monarchie.

Wien, 8. Februar.

Wien ist seit einigen Tagen von einem so schweren Unglück heimgesucht, wie es seit Menschengedenkern nur noch einmal, im Jahre 1830, vorkam. Tausende von Menschen haben al' ihre Habe verloren, Hunderte von Häusern drohen den Einsturz, und man kann jetzt noch gar nicht absehen, welche Ausdehnung, welche Folgen die Heimsuchung haben wird. Das Wasser in Brüggenau, heißt es in Berichten vom 5. d. gleicht einem großen See, aus welchem die Spalten der Bäume wie Schiffsrohre emporragen. — Die Wasserschlüsse haben die Pfasterung der Donauufer zum großen Theile zerstört und ist ein Theil der Pfastersteine im Strome versenkt. — Die längst der Donau angebrachten Gusseisernen Telegrafenäulen werden vom Wasser bereits unterspült und ist der Zusammenhang derselben zu erwarten, wenn das Wasser noch etwas steigt. — In die Kapelle am Schanzl ist bereits Wasser eingedrungen; die neue nächst dem Kaiserbad angelegte Baumplantage steht unter Wasser und wurde zum Theile zerstört. — Im großen Donaustrome wurde gestern eine Schiffsähne eingeschwemmt, die am Sporne nächst Riedhof zerstellt. — In die Magazine der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft unter den Weißgärdern ist bereits Wasser eingedrungen. — Nächst der Ferdinandbrücke war das Wasser nur noch einige Schritte von den Hausthoren entfernt; die Fischerhähne stehen beinahe am Trottoir und haben einen unausgesetzten Kampf gegen die Fluten zu bestehen; etwas weiter obwärts war das Wasser bereits in die Häuser eingedrungen. In dem Hause Nr. 560 sind die ebenerdigen Lokalitäten ganz überschwemmt; die dort in der Nähe befindlichen Fruchtmagazine werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geräumt. — Als großer Kalamität wird bezeichnet, daß auch das städtische Magazin in der Rosau, in welchem sich die Schrägen und Treppen befinden, unter Wasser gesetzt wurde, so daß sich jetzt Mangel an derlei Gegenständen fühlbar macht. — An der Ferdinandbrücke und an der Augartenbrücke wurden städtische Baukommissionen postiert, welche den Auftrag haben, die Passage über diese Brücken sogleich abzusperren, wenn sich eine Gefahr für die Passanten bemerkbar machen sollte. In der Brüggenau sind 334, in Zwischenbrücken 89 Häuser von den Wohnparteien geräumt.

Die großen Anstrengungen, welche die Holzhändler in der Rosau machen, um ihre Holzvorräthe gegen die anrückenden Fluten zu schützen, indem sie Rästen,

Gestern Abends 5 Uhr war der Stand folgender: Die Höhe des Wassers war unverändert, doch nahm die Überschwemmung in den oberen Theilen der Leopoldstadt noch immer zu, da der Zufluss von Seite der Brüggenau durch die Donaustraße sehr bedeutend ist. Bei den tiefer gelegenen Häusern dringt das Wasser bereits durch die Fenster in die ebenerdigen Wohnungen. Von der Brüggenau bis zur Tabortstraße stehen alle Gassen der Leopoldstadt unter Wasser; auch die große Fuhrmannsgasse ist theilweise überschwemmt und die Weiserplätze am Praterstein sind in Teiche umgewandelt. In die Kettenbrückengasse dringt das Wasser durch die Kanäle und von der Praterseite durch die Höfe. In den anderen niedrig gelegenen Vorstädten ist gleichfalls das Ansammeln der Wassermassen im Steigen begriffen und ist eine große Anzahl von Wohnungen unter Wasser gesetzt. Die Herrichtung der Stege ist nun ziemlich weit fortgeschritten und ist dadurch die Kommunikation bedeutend erleichtert. An der über das Kaiserwasser führenden Brücke (der sogenannten „schlanpeten Brücke“) sind zwei Tore eingesunken und rüsten wahrscheinlich bald vom Wasser fortgerissen werden. Die große Donau führt unterwürzelte Bäume, Bretter, Schranken, hölzerne Hütten u. mit sich. Gestern schwamm auf einer Wiege und eine bedeutende Menge Bettgewand, das zum Theile zusammengebunden war, herab. Der Damm der Nordbahn wird an der Stelle, wo er Schaden genommen hat, mit Steinen verrammelt. Die Bewohner von Zwischenbrücken, welche sich in derselben Lage befinden, wie jene der Brüggenau, stehen nur mittelst des Eisenbahndamms mit der Residenz in Verbindung. Die Obdachlosen der überschwemmten Vorstädte erhalten von der Commune an den Orten, wo sie untergebracht wurden, folgende Verköstigung: Morgens Einbrennpuppe, Mittags Rindspuppe, Fleisch und Gemüse; ebenso Abends. Eine große Anzahl von Verunglückten befindet sich aber in abgelegenen Gasthäusern und in Privatwohnungen, wo sie sich Unterstand gesucht und mit der notdürftigsten Nothaltung ihr Leben fortsetzen. Manche haben den ganzen Tag nichts als ein kleines Brot zu verzehren. Viele der Obdachlosen werden auch in den Gemeindehäusern untergebracht.

Seit 40 Jahren hatte Wien (mit Ausnahme der durch Einstöße veranlaßten Stauungen) kein solches Hochwasser erfahren. So betrug der Wasserstand im Wiener Kanale im Jahre 1828 12 Schuh 9 Zoll, im Jahre 1840 12 Schuh 1 Zoll, im Jahre 1845 12 Schuh 6 Zoll, im Jahre 1853 12 Schuh, heute aber 15 Schuh 3 Zoll und an der großen Donau 11 Schuh 9 Zoll.

Gegen Mittag des 6. schon senkte sich der Wasserspiegel des Donaucanals um mehrere Zoll, Abends 7 Uhr erreichte das Maß schon mehr als einen Schuh, um den es zurückgegangen war. Die Straßen, welche des Morgens noch überflutet waren, konnten schon mit trockenem Fuß durchschritten werden; die Taborsstraße war ganz frei; die Jägerzeile blieb glücklicherweise verschont. Nur die Keller sind noch überschwemmt. Einzelne Gebäude haben stark gelitten; ältere Häuser werden wohl Neubauten Platz machen müssen.

Sr. Majestät unser allergrädigster Kaiser geben bei der schweren Heimsuchung, welche die Residenz bestroffen, täglich erneute Beweise seiner Hochherzigkeit, Theilnahme und Aufopferungsfähigkeit. Am 4. d. M. haben sich Sr. Maj. Vormittags in die von der Überschwemmung heimgesuchten Vorstädte und in die Brüggenau begeben, wohin auf Alerhöftesten Befehl schon beim Herannahen der Gefahr Pionnier-Abtheilungen mit Fahrzeugen zur Hilfeleistung disponirt worden waren, und geruhten, in einem Kahn nach den bedrohten Häusern fahrend, sich von der Ausführung der durch die Rettung ihrer Bewohner, zur Unterbringung derselben in Notquartieren und zur Verproviantirung dieser Bedrängten getroffenen Anstalten zu überzeugen. In diesen Richtungen wurde die ganze Leopoldstädter Gardekorps zur Unterkunft der Hilflosen und, die k. k. Militär-Berghüsmagazine zur Abgabe der erforderlichen Quantitären Brots in dieselben angewiesen. Bei der Nachmittags gesteigerten Gefahr erneuerten Sr. Maj. diesen Besuch, unmittelbar die durch das bekanntgewordene Ereignis gebotenen zweckdienlichsten Vorrichtungen treffend. Even so jah man gestern früh 10 Uhr Sr. Maj. auf dem Schauspieldorf der Gefahr, um in unausgelegter väterlicher Sorge die Anstrengung der behördlicher- und militärischerseits aufgebotenen Organe zur ausreichendsten Hilfestellung zu ordnen. Der reichen Geldspenden Sr. Maj. zur Linderung der dringendsten Noth haben wir bereits gedacht.

Bericht vom 7. melden: Im k. k. Lusthaus im Prater befinden sich eine Menge Menschen, die vor dem Wasser geflohen sind und Zuflucht suchen. Es wurden denselben gestern mittelst Pontons Lebensmittel zugeführt. Den im Überschwemmungsraum befindlichen Arztkassen ist gestern die Weisung zugekommen, zur Sicherung der vorhandenen Baarschaften und Efecten die nötige Vorsorge zu treffen. Die kaiserl. Schwimmcole, sowie die Kaltbadeanstalten im Prater haben durch das Wasser stark gelitten und man wird sich besinnen müssen, die selben bis zum Sommer wieder herzustellen. — In den überschwemmten Häusern sind die meisten Kanäle offen; es wurden theils die Kanaldecken weggespült, theils sind die Kanalwölbungen eingestürzt und es ist somit bei dem Verkehr die größte Unmöglichkeit eingetreten. Im kaiserl. Lusthaus im Prater sind gleichfalls die Kanäle eingestürzt. Gestern waren hundert ararische Pontons und Zillen mit Pionniereen bemannet in Wien in Thätigkeit. Die städtischen Marktkommissäre fahren mit diesen Schiffen ohne Unterbrechung, um Lebensmittel zuzuführen. Die Gelehrte ist noch immer drohend und der Wasserstand hat sich wenig verändert. Die Situation wird durch die lange Dauer der Überschwemmung immer bedenklicher; gestern Mittags waren bereits 4000 Personen in Folge der Überschwemmung obdachlos; bei 100 Kranken wur-

den theils in das allgemeine Krankenhaus, theils in das St. Anna-Kinderhospital aus dem Überschwemmungsrayon gebracht. — In die Gräfte und Keller der Karmeliterkirche ist bereits Wasser eingedrungen; Im Jahre 1830 war auch die Kirche überschwemmt und das Wasser hatte mit der Stufe des Pratersteins gleiche Höhe. — Im Auftrage Sr. Maj. des Kaisers vertheilen sich die k. k. Pionniere zur Nachzeit auf verschiedene Punkte und halten auf den Posten selbst die ganze Nacht hindurch Wach; ebenso sind Vorkehrungen getroffen, daß im Falle drohender Noth die Sturmglöckchen geläutet werden können. Sehr viele von den im Prater gehaltenen Hirschen haben sich durch Schwimmen nach Simmering gerettet und in die zunächst den Fluten gelegenen Häuser geflüchtet, wo dieselben von dem k. k. Forstpersonal aufgesucht und mit Futter versehen werden. Die Rehe dagegen sind beinahe sämtlich im Wasser zu Grunde gegangen, ebenso treibt das Wasser eine große Menge von den im Prater-Fasanengarten befindlich gewesenen Fasanen.

Die „A. C.“ veröffentlicht noch folgenden Zug von Herzengüte: Als Sr. Maj. der Kaiser am 4. Nachmittag durch den Überschwemmungsraum in der Brüggenau fuhr, und eine Familie eben auf ein Hausdach sich flüchtete, befahl Sr. Maj. der Kaiser dieselbe mittelst eines Hofwagens in die Stadt zu führen und dort auf Kosten Sr. Maj. in einem Gasthause unterzubringen.

Der niederösterreichische Landesausschuß hat beschlossen, einen Betrag von 12.000 fl. zur augenblicklichen Vertheilung unter die hilfsbedürftigsten Bewohner des flachen Landes und 2.000 fl. für jene der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bestimmt sind.

Deutschland.

Die Prinzen Ludwig und Leopold von Bayern werden nach bisheriger Bestimmung heute Sonnabend die Reise von München nach Athen antreten, Sonntag und Montag in Wien zu bringen und von dort sich nach Triest zur Einschiffung auf dem Lloyd-Dampfer begeben.

Nach Berichten der „Nat. Stg.“ aus Kassel vom 3. Februar soll sich das Bestinden des Kurfürsten, der an einer Fußverstaufung und einer Kopfschwellung gelitten, so weit gebessert haben, daß derselbe das Krankenlager hat verlassen können; der Kammerdiener, welcher als die Ursache dieser Verletzung genannt wird, ist seines Dienstes entlassen.

Der vormalige kurhessische Minister Hasselvphug leidet den „Hamb. Nach.“ zufolge an einer Gehirnverweichung. Es sei, so fügt dieses Blatt hinzu, in Folge dessen sein geistiger Zustand meist getrübt und nur vorübergehend treten hellere Zustände ein, in welchem er seiner Gedanken mächtig sei.

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Die „Ind. belge“ welche aus der Schule schwatzt über das, was in den Büros des geschiedenden Körpers wegen der Rentenconversion vorging, wurde gestern und heute von hoher Censur hier nicht ausgegeben. Was die Rentenconversion anbelangt, so wünscht man allerhöchsten Orts, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters Gouin. Sind das Conversionsgesetz und das Budget erst votirt, dann wird Hr. Gould Generalcompteur der Finanzen werden, und das Portefeuille der Finanzen vielleicht Hrn. Gouin angeboten werden. Bis dahin, daß die Conversion angenommen wird, besteht eine alte Forderung, daß die Gould'schen Projekte von der Kammer einstimmig bewilligt werden. Jeder Deputirte, der dagegen spricht, verwirkt die Unterstützung der Regierung bei den nächsten Wahlen. Uebrigens zählt die Regierung — scheint es — wesentlich auf die „patriotischen Gesinnungen“ des Berichtstatters G

beau" soll der in Perigueux zwischen dem Präsidenten des Gerichtshofes und dem dortigen Advokaten Bureau entstandene Conflict eine baldige Lösung finden. Jules Favre, Batonnier des Pariser Bureau's, hatte sich, wie seine Collegen von Perigueux, geneigert, vor dem betreffenden Präsidenten in einer wichtigen Sache (es handelt sich um eine Priesterheirath) zu plaudiren. Er hat sich nun mit dem Präsidenten Saint-Etienne Vescot dabin in Gegenwart es Justizministers geeinigt, daß dieser Präsident in feierlicher Sitzung den Advokaten sein Bedauern über das Vorfallene ausdrückt. Jules Favre wird dann unmittelbar darauf plaudiren.

Die nach der Verhaftung des Hrn. Mirds gerichtlich eingestellten Liquidatoren haben vorher an die Actionäre einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Untersuchung und über den gegenwärtigen Stand des Socialvermögens e stattet. Der Bericht ist so traurig als möglich. Es bleiben den Actionären kaum 15—20% des eingeschossenen Capitals (50 Millionen). Die Liquidatoren müssten natürlich zum Ausgangspunkte ihres Berichte die Zahresbilanz nehmen, welche Hr. Mirds wenige Tage vor seiner Verhaftung (31. Jan. v. J.) seinen Actionären vorgelebt; diese Bilanz ließ einen Überschuss von nahe 5 Mill. Fr. hervortreten, was die Vertheilung einer Dividende von 5% gestattete. Die Liquidatoren zeigen, daß in jenem Momente in Wirklichkeit ein Deficit von mehr als 50 Millionen vorhanden, d. h. das Stammcapital zu mehr als 4% aufgezehrt war.

Unter den Mitteln, durch welche Mirds

eine so gewaltige Fälschung der Bilanz erzielte, werden namentlich zwei als entscheidend hervorgehoben.

Das erste ist, daß er die von der Gesellschaft creten,

aber nicht emittierten, sondern größtentheils in ihrem Portefeuille befindlichen verschiedenen Aktionen und Obligationen zum vollen Nennwerth ansetzte, während die einen noch gar keinen Werth hatten, die anderen weit unter Par standen; das zweite bestand darin, daß man

Schuldtosten, welche längst verloren waren, nicht nur als aktives Capital, sondern mit ihren Zinsen und Zinseszinsen seit Jahren aufführte. Die Liquidation sucht namentlich die von den Geranten selbst (Mirds, Pontalba, Solar u. A.) schuldigen Summen einzutreiben, meint aber trotzdem nicht, daß für die Actionäre mehr als 20% getilgt werden können. Diese Darstellung dürfte nicht ohne Einfluß sein bei der nahe b. vorstehenden Wiederaufnahme des Processe in Douai. Freilich ist seit der ersten Verhandlung die Stimmen, namentlich höheren Orts, wieder für den Schwund viel günstiger geworden. Mirds hat nunmehr wieder Greimeur zu seinem Vertheidiger vor dem Tribunal zu Douai gewählt.

Nach einer Mithilfung der „Allg. Stg.“ soll die Zahl in den französischen Fabrik-Districten auf eine unerhörte Höhe gestiegen sein. In Lyon sind 50.000 Arbeiter ohne Beschäftigung, in St. Quentin ist bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung auf den öffentlichen Armenisten eingeschrieben und so sieht es noch in vielen andern Bezirken und Städten aus.

Spanien.

Einem Madrider Telegramm vom 1. Febr. zufolge wurde die Regierung im Congres über die Ursache der ungünstigen Gerüchte interpellirt, welche über drei Creditanstalten circuliren. Der Finanzminister erklärte, daß diese Gerüchte verleumderischen Natur seien; es befänden sich die erwähnten Anstalten in einem gefährlichen Zustand.

Großbritannien.

Aus Southampton wird gemeldet: „Die „Luscarora“ war am Sonnabend vor den Needles vorbei in den Kanal hinausgedriftet, seitdem aber wieder vor Cowes von Anker gegangen. Auch der „Nashville“ hatte gestern die Docks verlassen. Eine andere unionistische Fregatte, der „Brooklyn“, kreuzt, wie es geschrifft steht, vor der Insel Wight, um den „Nashville“ abzufangen, der vermöge der neusten Regierungssordnung nicht länger die englische Gastfreundschaft beanspruchen kann.“ Die neuesten telegraphischen Berichte lauten: Der „Nashville“ ist in See gegangen und bei Cowes vor der „Luscarora“ vorbeigefahren. Letztere, deren Kessel geheizt und deren Kanonen zur Action bereit waren, wurde von der britischen Fregatte „Shannon“ bewacht, damit sie dem „Nashville“ den vorgeschriebenen Vorsprung von 24 Stunden gönne. Die „Hammonia“, die von New-York hereinkam, begleitete den „Nashville“ 2 Seemeilen außerhalb der Needles.

Italien.

In Rom fand vergangenen Montag eine außerordentliche Congregation der Cardinale in Gegenwart des heiligen Vaters statt. Gegenstand derselben war ausschließlich die Angelegenheit der Petersburger Nuntiatur. Zwei Candidaten waren vorgeschlagen: Msgr. Capatti, Sekretär der Propaganda und Msgr. Franchi, Erzbischof von Tessalonika. Die Wahl fiel einstimmig auf den letzteren, welche Se. Heiligkeit bestätigte. Voll tiefer Gelehrsamkeit und edelmüthigen Herzens ist der neue Nuntius bekannt als eifriger Freund Polens und der Polen, als ein wahrhaft apostolischer Charakter. (Ez.)

Aus Rom, 28. Jan. wird geschrieben: In einigen hiesigen Kreisen circuliert folgende Anecdote: Ein Piemontes, Namens Fr. Franchini, welcher durch die Vermittlung einiger Jesuiten eine Audienz beim Papst erhalten hatte, wandte sich nach dem Kuss mit den Worten an Se. Heiligkeit: „Heiliger Vater, ich komme im Namen des Bacons Riccioli.“ „Aber Pius IX. ließ ihn nicht weiter sprechen, sondern befahl ihm mit lauter Stimme, sofort sein Cabinet zu verlassen. Man fügt noch hinzu, der Papst habe sich darüber beschwert, daß man ihn bewegen konnte, derartigen Personen Audienzen zu gewilligen.“

Nach dem Journal „Il Campanile“ vom 3. d. ist Msgr. Gulissa nicht ermordet worden, sondern in

folge einer Pulssadergeschwulst gestorben. Das selbe Journal dementiert die Nachricht von der Krankheit des Papstes und erklärt, daß sich Se. Heiligkeit einer ausgezeichneten Gesundheit erfreue.

Rußland.

Die Warschauer offizielle Zeitung vom 1. Febr. meldet telegraphisch, daß der neuernannte Erzbischof Felinski am 31. Jan. aus St. Petersburg direct nach Warschau abgereist sei; auf diese Weise kann man mit Bestimmtheit der Offnung der Kirchen im Laufe dieser Woche entgegensehen. Man glaubt allgemein, daß dieselbe mit aller Ruhe bewerkstelligt werden wird; die Regierung hat indessen in Vorausicht der Einge, die da kommen könnten, die Vorsicht gebraucht, allen hiesigen Beamten einschlägig zu lassen, daß sie nicht nur für sich, sondern auch für ihre Frauen, Kinder und Dienstleute in der Kirche verantwortlich sind, und daß sie ohne Weiteres ihre Entlassung aus dem Staatsdienst zu gewähren haben, falls ihre Angehörigen beim Singen patriotischer Lieder in den Kirchen angelost werden sollten.

Bis zum 5. d. M. früh, lesen wir im „Gaz“, war Erzbischof Felinski noch nicht in Warschau eingetroffen. Wie es heißt, wird Se. Hochw. mit der Eisenbahn über Königsberg, Bromberg und von dort über Kutno nach Lowicz sich begeben, um vorher in der dortigen Collegiate als Erzbischof installirt zu werden.

Türkei.

Nach Mittheilungen aus Bosnien hat sich der Bezier Osman Pascha von Srebovo nach Mostar zu Omer Pascha begeben, um bei leichterem Gegenvorstellen über die fortwährenden Requisitionen in Bosnien für die kaiserlich türkische, in der Herzegowina operirende Armee zu erheben, weil durch diese die Bevölkerung in Bosnien factisch auf den Nullpunkt ihrer Vorräthe jedweder Art gebracht und ein fühlbarer Mangel an Lebensmitteln bereits eingetreten ist.

Amerika.

Den neuesten Nachrichten aus Mexico zufolge ist die Verbindung zwischen Veracruz und dem Innern der Republik Mexico vollkommen wiederhergestellt. Die mexicanischen Truppen, welche vier Stunden von Veracruz lagerten, konnten die Zufuhr von Lebensmitteln nicht hindern, und die Stimmung des Generals Uraga, so wie der anderen Führer der Juarez'schen Truppen und der überwiegenden Majorität der mexicanischen Bevölkerung war sehr friedlich.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 8. Februar.

++ Die Bürgerschaft von Wadowice hat anlässlich der beschlossenen Reaktivierung der Kreisbörde für den Wadowicer Kreis ihre Bereitwilligkeit erklärt, zur Abholung der Alten von Krakau 20 zweispänige Fuhrwerke unentgeltlich beizustellen.

Das k. k. Statthalterei-Präsidium in Lemberg hat dieses Anerbieten angenommen und den Befehlungen für diese behandelte Bereitwilligkeit die verdiente Anerkennung ausgesprochen.

* Die vorgestellten von 4—8½ Uhr Abends gegeneine erste öffentliche Sitzung des Krakauer städtischen Ausschusses eröffnete der Präses Bürgermeister Herr Seidler in voller Gegenwart der ratenden Herren der Stadt und vor leeren Stühlen in dem für das Publikum bestimmten Raum. Nur spätesten einzelne, um früh wieder zu geben, spätere Zeugen der Gleichzeitigkeit für öffentliche Interessen. Es fällt schwer, dies für einen Zusatz, eine Folge der Neuheit oder Vergeßlichkeit zu nehmen, da dieselbe Erscheinung oder vielmehr Nichterscheinung noch bei der anderen längst nicht mehr neuen Gelegenheit, einer öffentlichen Discussion beizuhören, während der Sitzungen der Handelskammer statt hat. So mußte denn auch dieser Beweis der Theilnahmlosigkeit in der (polnischen) Ansprache des Präses zusammengefaßt werden. „Seit den 8 Jahren unseres Zusammenlebens — hieß es in derselben — haben wir redlich unsere Pflicht zu erfüllen gesiekt, fern von jeder Polexit jedoch auf die Wünsche geachtet, die uns vom Publikum aus unmittelbar oder durch die öffentlichen Organe, den „Gaz“ und die „Krakauer Zeitung“ zukamen, wie dies z. B. die Errichtung von Weichselbädern für Damen zeugt. Aus dem bisherigen Familienkreise treten wir jetzt nur in die Öffentlichkeit hinaus, die wir nicht zu scheuen haben, vor deren Repräsentanten ich heute Sie begrüßen zu können glaube. Diese fehlen. Wir haben uns ihrer nicht zu schämen, wir haben selbst um sie gebeten. Um so schwierlicher berührt der Inhalt der Adress einer Krakauer Deputation an den Herrn Staatsminister, die ich vor Augen habe, und in der die Sprecher in folgender Weise laut zu wiederholen: „.... es häufen sich die Verlegenheiten und die Stadt ist ratslos, keine Kontrolle, keine Behörde, neue Wahlen sind nötig.“ Und es waren das solche, die selbst nicht einmal der Gemeinde in den österreichischen Staatsverbund gehörten. Mit dem Magistrat vielfach verbunden und mit ihm arbeitend, entstand der Ausschuss 1853, das Vermögen war damals null. Wir beschuldigen hier nur die unglücklichen damaligen Verhältnisse, es war eben „Krakau in Ungnade“, um einen Ausdruck des Herrn Collegen, Redakteur des „Ognista“, zu gebrauchen. Nach 8 Jahren gelang es, die Schulden von 292.000 fl. österr. Währ. zu amortisieren. Den Vorwurf, daß nichts geschiehen, wehrt der Augenschein ab. Der Bau eines Kanals für 20.000 fl. die Einführung der Gasbeleuchtung in der Stadt, des Naptha in den Vorstädtionen, die alle vier Jahre umgestrichen werden, wozu die Steine bis aus dem fernen Schlesien hergeholt wurden, und sonstige (s. B. von den Blättern hervorgehobene) Thatsachen sich jenen entgegen. Unter meiner Präsidientur seit 1857 war oft Besorgnis, es werde an Geld zur Bezahlung der Beamten Gehalts mangeln, die Eingangstür von Soldaten findet nicht mehr in der Stadt, sondern in besonderen Kasernen statt, unsere Bemühungen um Modifizierung des ursprünglichen Fortifikationsplanes waren (wie erwähnt) mit Erfolg getroffen. Die „Satiecianie“ sind ein Condominium von 40 Besitzern, dessen Restaurierung also nicht so schnell in Angriff genommen werden kann. Noch wurden in der letzten Zeit beschwerliche Abgaben auferlegt, aber auch hier an Gleisleistung gedacht, sobald es möglich gewesen. Die Standgelder und die Hundesteuer haben aufgehoben, der Zinngroschen ist von 5 pt. auf 3 pt. herabgesetzt. Kurz — unsere Nachfolger können fähiger, aber nicht gewissenhafter sein.“

Wir übergehen in diesem vorläufigen Bericht alle die zur Sprache gekommenen Angelegenheiten, welche bereits in der „Krakauer Zeitung“ s. B. berichtet wurden und aus früherer Zeit bekannt sind, so wie andere, deren Referate durch den Druck bekannt werden sollen, und befragen uns auf die wichtigsten im Verlaufe der Sitzung gestellten Anträge und gefassten Beschlüsse, so wie sie das Gedächtnis und flüchtige Notizen hinzukennen erlauben.

Nach Verlesung und Annahme des früheren Protocols, einiger Erklärungen namentlich von Seiten des Mitgliedes Bieleniewski in der bekannten Angelegenheit der Fortifikationen und des Festungsbauwesens und der Budgetvorlage, welche mit übersichtlicher Spezifirirung der Ausgaben durch den Druck veröffentlicht werden soll, überreichte das Mitglied Bieleniewski im Namen des Collegen Gumpelz einen näher motivirten Entwurf einer Convertirung des Groschensteuerzuschlags in einen die Interessen besonders der Haushalt und Gewerbeleute

gerechter wohrenden Zuschlag zur Einkommensteuer, welcher der bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 127½ verlangt, 136½ bez. — Russische Imperials fl. 1135 bez. 1120 bezahlt. — Napoleonbore fl. 1120 verlangt, 1105 bezahlt. — Volkswirtschaftliche Dutaten fl. 649 bez. 641 bezahlt. — Volkswirtschaftliche österr. Land-Dutaten fl. 657 bez. 649 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst 1. Coupon fl. 101½ bez. 100 bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in österr. Währung fl. 79½ bez. 79 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in Convent-Münze fl. 83½ bez. 83½ bezahlt. — Grundstücks-Obligationen in österreichischer Währung fl. 69½ verlangt, 69 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 82½ bez. 82½ bezahlt. — Alten der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 90% fl. österr. Währ. 194 bez. 192 bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

Zara, 6. Febr. Se. k. Hoheit der durchlauchtige Herr Erzherzog Rainer mit Kriegsdampfer „Greif“ um 4 Uhr Nachmittags hier ehrfurchtsvoll empfangen, haben sich die Behörden vorstellen lassen.

Pest, 6. Februar. Gestern fand eine Plattenberatung von neuernannten Gemeinde-Ausschusmitgliedern beim Bürgermeister statt. Das Resultat dieser Konferenz war, die Ernenntungen zum Gemeindeausschus nicht anzunehmen, bevor nicht die hinsichtlich der städtischen Verwaltung erlassene Instruction wesentliche Veränderungen erfahren hat.

Hermannstadt, 5. Februar. Die sächsische Nationsuniversität wählte zwei Commissionen zur Vorlage eines Gutachtens über die Organisation der Rechts- und Pflege und zur Regelung des Gemeindewesens im Sachsenlande.

München, 6. Februar. Die „Süddeutsche Zeitung“ sagt: In den von dem österreichischen Gesandten in Berlin, gleichzeitig mit den Gesandten Baierns, Württembergs, Sachens, Hannovers, Hessen-Darmstadts, Nassaus, Braunschweigs, Oldenburgs, Schwarzburgs, mehrerer thüringischen Herzogthümer und Liechtensteins, vorgestern dem Minister Grafen von Bernstorff in Berlin übergebener gleichlautenden Notizen, welche in einer äußerst gemäßigten Form abgefaßt und darauf berechnet sind, Preußen eine bestimmende Wendung möglichst erleichtern, wird angezeigt, daß die beteiligten Staaten sich bereits geeinigt haben, die Defensivallianz auf alle Gebiete des Bundesgliedern auszudehnen, so wie auch umgekehrt in einem Krugfalle die Vertheidigung mit allen Kräften der beteiligten Staaten zu bewerkstelligen wäre. Alle zu einer entsprechenden Entwicklung der Defensivkraft des großdeutschen Gesamtgebiets nothwendigen Vorkehrungen sollen gemeinsam getroffen und soll eine Vereinbarung über den Oberbefehl im Kriege angebahnt werden. Neben diesem weiteren, nur gegen Angriff von außen gerichteten und auf gemeinschaftliche Vertheidigung berechneten Bunde soll der gegenwärtige als Art eines engeren Bundes bestehen bleiben. Der Bundesversammlung soll eine aus den Delegirten der deutschen Ständeversammlungen gebildete Volkskammer als Bundesparlament beigegeben werden, welches einen maßgebenden Einfluss auf die legislatorischen und administrativen Arbeiten des Bundestages zu nehmen hätte.

Dresden, 6. Februar. Das heutige Dresden Journal bringt eine Warschauer Correspondenz: Das kriegsgerichtliche Urteil über die verhafteten katholischen Geistlichen sei erfolgt. Vier Canonici wurden zur Deportation, einer zur Festungshaft verurtheilt.

London, 6. Februar. Parla nentseröffnung. Die Chronede bezeichnet die auswärtigen Beziehungen als befriedigend. Es sei nicht zu fürchten, daß der Friede von Europa gestört werden dürfe. Sodann gibt die Chronede eine Geschichte der Trent-Angelegenheit. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten seien wieder hergestellt. Die Convention, bezüglich der Intervention in Mexico habe den Zweck, eine Satisfaction zu erlangen, die bis jetzt noch nicht gegeben sei. Die Chronede erwähnt nichts von einer Parlaments-Reform.

Eine Anleihe im Betrage von 4 Millionen Pfund Sterling wurde von Frankreich in England contrahirt, und ist dieselbe schon gezeichnet, ja sogar schon überzeichnet. Weitere Weichen gewacht, soll, wie wir vernehmen, auf Antrag der Gerichtsbehörde gesetzlich eingezogen werden sein.

Von den galizischen Abgeordneten waren am 5. d. im Reichstag erst 9, also kaum ein Drittel gegenwärtig; wahrscheinlich sind viele wegen Unterbrechung der Communication zwischen Wien und Floridsdorf unterwegs zurückgehalten. Graf Adam Potocki und Hector Diel erhielten mehrwöchentlichen Urlaub.

Noch neuer Verfügung werden fortan gegen Erlegung eines ¼ Kreuzers durch irgend einen Befehl von ihrer Abteilung unbrauchbar gewordene gestempelte Briefcouverts ohne sonstige Kosten auf den Postkurem gegen neue umgewechselt.

Wie wir aus einer Reclame an die Redaktion des „Dienstes Polens“ eischen, ist der Herr W., der wie erwähnt, am 15. Juli v. J. an den Landtagssaal in die Eintritt zur Gründung einer Leibgarde in Lemberg eingedrungen und somit zuerst diese jetzt ventilirte Angelegenheit angeregt, der k. k. Postoffizial Apollinar Wóblewski.

Paris, 6. Februar. Schlusscourse: Merc. Rent 71.25.— 4½ per 100. — Staatsbahn 511. — Credit. Mob. 763. — Lomb. 543. — Liquidationsrente 71.05. — Consols mit 92% bezahlt. Haltung unbekannt. — Breslau, 5. Februar. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 fr. öst. W.): bester mittler. schlechter.

Paris, 6. Februar. Die Bank hat den Escompte auf 4 pt. herabgesetzt.

Breslau, 5. Februar. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 fr. öst. W.): bester mittler. schlechter.

Wien, 3. Februar. Der Auftrieb auf unserem Schlachthofmarkte (St. Mark's-Ecke) betrug:

578 ungar. 628 galiz. 320 inländ. zugelass. 1526 St. Othen. davon wurden angekauft v. hiesigen Fleischern 1140 "

von Landfleischern 256 "

auf dem Markt angekauft 10 "

unverkauft gingen aus Land. 120 "

wie oben 1526 "

Im ganzen gingen aus Land 376 "

hier blieben 1150 "

Preise des Kleesamens (für ein Zollzentner = 89½ fl. Wien. fl. 15.71 fl. öst. W. außer Agio):

Wieder Kleesamen: bester 21 — 21½ bester 13½ — 14½

guter 18 — 19½ guter 12½ — 12½

mittlerer 14 — 16½ mittlerer 10 — 11½

schlechterer 10 — 13 — 13 schlechterer 8½ — 9½

Wien, 3. Februar. Der Auftrieb auf unserem Schlachthofmarkte (St. Mark's-Ecke) betrug:

578 ungar. 628 galiz. 320 inländ. zugelass. 1526 St. O

Amtsblatt.

N. 29229. **Kundmachung.** (3511. 3)

Der mit der Kundmachung vom 17. Jänner 1862 N. 29229 auf den 12. Februar 1862 angesetzte Licitationstermin für Hintangabe des Erträgnisses der zu errichtenden Mauth auf der im Zuge der Militär-Weichsel-Straße gelegenen Brücke in Komorowice, wird auf den 13. Februar 1862 verlegt und dies hiemit öffentlich verlautbart.

Bon der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 3. Februar 1862.

N. 29229. **Obwieszczenie.**

Naznaczony obwieszczeniem pod dniem 17go stycznia 1862 Nr. 29229 wydanym na dzień 12go lutego 1862 termin licytacyjny w celu wydzierżawienia dochodu z mającego się ustanowiony mostowym na drodze do Komorowic, odkłada się na dzień 13 lutego 1862 i niniejszym do publicznej podaje wiadomości.

Z c. k. Władzy obwodowej.

Kraków, dnia 3 lutego 1862.

N. 373.civ. **E d i c t.** (3528. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt in Biala wird dem Franz Daniel aus Biala mittels dieses Edictes bekannt gemacht, es habe M. I. Wenzel Kamufabrikant in Bielitz vertreten, am 22. Jänner 1862 §. 3. 373 und 374 um Bewilligung des gerichtlichen Verbotes, bezüglich einer von dem Letzteren an Hrn. Karl Schmidt in Biala zu stellen habenden Forderung pr. 130 fl. ö. W. pcto. schuldiger 37 fl. 22½ kr. und pcto. Wechselsumme pr. 59 fl. 64 kr. k. W. überreicht, und es sei aus dem Grunde, weil der Kläger angibt, daß der Aufenthaltsort des Franz Daniela nicht auffindig zu machen sei, und weil dem Gerichte das Gegentheil nicht bekannt ist, zur Vertretung des Franz Daniela auf seine Gefahr und Kosten der Advokat Dr. Eisenberg in Biala als Curator aufgestellt worden, mit welchem diese Rechtsache nach Vorschrift der G. D. ausgetragen wird.

Dem Beklagten wird die Warnung ertheilt, daß er entweder dem aufgestellten Vertreter über die zweckmäßige Verhandlung dieser seiner Streitsache gehörig anzuweisen, oder dem Gerichte einen anderen Sachwalter namhaft zu machen habe, widrigens Fälls er die Folgen der Verabsäumung alles dessen sich selbst beizumessen haben würde.

Biala, am 31. Jänner 1862.

N. 8. V. P. **C o n c u r s.** (3506. 1-3)

Zu Folge Ermächtigung des hohen k. k. Finanzministeriums werden auf der Route zwischen Sanok und Dynów in den Orten Grabownica und Niewistka Poststationen errichtet welche sich vorläufig blos mit der Beförderung der zwischen Sanok und Dynów verkehrenden wöchentlich dreimaligen Mailpost und wöchentlich viermaligen Reitpost zu befassen haben werden.

Die in diesen beiden Orten zu bestellenden Postmeister haben die gesetzlichen Rittgelder zu beziehen, wogegen sie verpflichtet sein werden vor dem Dienstsantritt eine Kautio von 100 fl. zu erlegen, den Dienstvertrag abzuschließen, ferner zur Beförderung des Beförderungsdienstes wenigstens sechs vollkommen diensttaugliche Pferde, eine ganz gedeckte vierstellige und eine halb gedeckte zweistellige Kalesche, zwei Ordinärwagen, zwei Esstafettentaschen und die sonstigen Utensilien zu halten.

Bemerkbar um diese Dienstposten haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche unter legaler Nachweisung des Alters, der bisherigen Beschäftigung, der Vermögensverhältnisse und des Besitzes einer der Anforderungen des Postdienstes entsprechenden Localität bis längstens 15. März 1862 einzubringen.

Bon der k. k. galizischen Postdirektion.

Lemberg, am 21. Jänner 1862.

N. 8. V. P. **K o n k u r s.**

Na mocy upoważnienia wys. c. k. Misteryum skarbu zaprowadzają się na przestrzeni między Sanokiem i Dynowem pocztowe expedycje w Grabownicy i Niewistce, które na trakcie między Sanokiem i Dynowem tymczasem tygodniowo tylko trzy razy pocztę konną expedyować mają.

Pocztmistrze na obu dwóch stacjach ustanowią się mający pobierać będą przepisane należytosci od przewozu pocztowego, z obowiązkiem złożenia kaucji jeszcze przed objęciem służby w kwocie zł. 100, zawarcia kontraktu, tudzież utrzymywania najmniej szesziu do służby zdolnych koni, jednego krytego powozu na cztery, a jednego półkrytego na dwie osoby, dwie ordynarki, dwóch torb sztafetowych i innych przyborów.

Ubiegający się o te posady mają wniesć wlosoreczne podania, najdalej do 15go marca 1862 i w nich swój wiek, dotychczasowe zatrudnienie, stan majątkowy, tudzież posiadanie lokalu wymaganiom służby pocztowej odpowiedniego, legalnie udowodnionej.

Od c. k. galic. Dyrekcyi pocztowej.

Lwów, dnia 21 stycznia 1862.

Antoniego Rogozińskiego, że małżonkowie pp. Kasper i Anna Turowiczowie dnia 20 grudnia 1861 l. 22731 wniesli prośbę o doręczenie im kopii wierztylnych wyroku byego trybunału wydziału III. z dnia 5 kwietnia i 7 czerwca 1843, którym dekret dziedzictwa domu pod Nr. 20 w Gm. VII. miasta Krakowa pod parafią św. Szczepana leżącego z gruntami dla pp. Kaspra i Apolonii Turowiczów jako nabywców tego domu przy publicznej licytacji wydany został.

Gdy miejsce pobytu pp. Piotra Rogozińskiego Antoniego Rogozińskiego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania ich jak również na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra Machalskiego z substytucją adwokata pana Dra Altha kuratorem nieobecnych ustanowili i rzeczone wyroki do rąk tegoż dla ustanowionego kuratora doręczyć polecił.

Kraków, dnia 30 grudnia 1861.

N. 3430. **E d y k t.** (3513. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Chrzanowie podaje niniejszym do publicznej wiadomości, iż na dniu 10 października 1847 r. Marcin Komała gospodarz gruntowy z wsi Kościelce bez postawienia rozrządzenia ostatniej woli zmarł.

Gdy miejsce pobytu spadkobiercy Błażeja Komały wiadomie niejest, przeto się go niniejszym wzywa, aby w przeciągu roku od niżej położonej daty w tutejszym sądzie się zgłosił, i deklaracyą spadkową złożył, w przeciwnym bowiem razie spadek z zgłoszającymi się sukcesorami z ustanowionym dla niego w osobie Pawła Rakoczeego kuratorem przeprowadzony będzie.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sędziu.

Chrzanów, dnia 7 sierpnia 1861.

N. 943. **E d y k t.** (3523. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Elżbięcie Pindelowej, że przeciwi nijej p. Salomea Szymaszek o ekstabiluacyjnym obowiązku do zapłacenia sumy 600 zł. w. wal. c. s. c. ze stanu biernego dóbr Klecka średnia I. na rzecz p. Elżbiety Pindelowej n. 44 on. zainstabulowanego, wniosł pozow, w załatwieniu tegoż pozwu termin do rozprawy ustnej na dzień 18 marca b. r. o godzinie 10tej zrana w tutejszym Sądzie wyznaczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu pozwanej nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanej jak również na koszt i niebezpieczeństwo tutejszego adwokata p. Dra Geisslera z za-

stępstwem adwokata p. Dra Kuchaskiego kuratorem nieobecnej ustanowili, z którym spor wyczowany

Rundmachung. (3535. 1-3)

Die P. T. Herren Actionäre

der kais. königl. privil. galizischen

Carl Ludwig - Bahn

welche bisher nicht mehr als 9 pCt. auf ihre Actien einbezahlt haben, werden hiemit eingeladen,

die weitere 10 pCt. Einzahlung, d. i. zwanzig Gulden C.-M. oder

einundzwanzig Gulden österr. Währ. pr. Actie,

innerhalb des festgesetzten Termines vom 26. März bis 8. April 1862 zu leisten.

Die Einzahlung hat bei der k. k. priv. österr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien unter Vorweisung der Actien zu geschehen, welche in doppelt ausgefertigten Consignationen (wozu Blanquette unentgeltlich verabfolgt werden), arithmetisch aufgeführt werden müssen.

Bon dieser Einzahlung werden die 5 pCt. Zinsen vom 1. Jänner 1862 an laufen, weshalb die Herren Actionäre diese laufenden Zinsen von diesem Tage an bis zum Tage der wirklichen Einzahlung zu vergüten haben.

Bei nicht rechtzeitig geleisteter Einzahlung werden nebst der eben gedachten Zinsenvergütung statutengemäß 6 pCt. Verzugszinsen gerechnet werden, und behält sich die Gesellschaft vor, auch nach Machgabe des §. 17 der Statuten vorzugehen.

Zur Bequemlichkeit der Actionäre in Galizien wird die Filiale der k. k. priv. österr. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Lemberg und die

Sammlungs-Kasse der k. k. priv. galizischen Carl Ludwig-Bahn,

so wie das Großhandlungshaus

F. J. Kirchmayer & Sohn in Krakau

diese Einzahlung spesenfrei vermitteln, zu welchem Einzahlungsbetrage nebst den betreffenden gebrieg Consignations-Blanquette werden auch von diesen

Wien, am 5. Februar 1862.

Der Verwaltungsrath

der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe auf Sonne in Parall. Linie 0° Raum red.	Temperatur nach Neamur	Spezifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Ergebnissen in der Luft Laufe d. Tages	Änderung der Wärme im Laufe d. Tages von bis
7 2 3277 83	- 59	96	West stark	schne	- 102 - 39	
10 29 82	- 108	89	mittel			
18 6 22 96	- 142	11 00	Nord			

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

Wiener - Börse - Bericht

vo 6. Februar.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

Geld	Waare
100 fl.	100 fl.
aus dem National-Anleben zu 5% für 100 fl.	84.60 84.70
aus dem National-Anleben zu 5% für 100 fl.	83.90 84. —
aus dem Jahre 1851. Ser. B. zu 5% für 100 fl.	— 84.40 89.50
Metalliques zu 5% für 100 fl.	61. — 61.25
dito. 4 1/2% für 100 fl.	137.25
mit Belösung v. 3. 1859 für 100 fl.	1855 für 100 fl.
1860 für 100 fl.	91.2. 91.75
Como-Montencheine zu 42 L. austr.	94.75 95. —
1860 für 100 fl.	16.50 17. —

B. Der Kronländer.

Gründungslangs - Obligationen.

von Niede. Österr. zu 5% für 100 fl.	88. — 88.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	88.50 89.50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87. — 87.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88. — 88.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	96. — 97.50
von Kärt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.50 88.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	70.25 70.75
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	72. — 73. —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	68.25 68.50
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	68.50 69. —
von Sieben. u. Bußowina zu 5% für 100 fl.	67. — 67.50

C. Aktie u.

der Nationalbank.

der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B.	195.50 196.70
ieder. öster. Comptoir-Gesellsch. zu 500 fl. öst. B.	630. — 641. —
der Kais.-Feld.-Geb. Nordbahn 1000 fl. C.M.	2157 2159
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. C.M.	282. — 285.00
oder 500 fl. C.M.	156.50 157. —